

Es ist eine Haltungsfrage

Der Widerstand gegen den neudeutschen Gesundheitsfaschismus formiert sich

Interview mit Christoph Lövenich

Interview von André F. Lichtschlag | Foto (Lövenich) von Christoph Lövenich



Christoph Lövenich ist Bundesgeschäftsführer des „Netzwerks Rauchen“. In *eigentlich frei* erläutert er sein Engagement gegen immer mehr persönliche Gängelung durch unsere Politiker.

ef: Herr Lövenich, was genau rauchen Sie eigentlich persönlich?

Lövenich: Tabak, und das sehr gerne, seit meiner Jugend. Einmalige Versuche mit Tee, Cannabis oder bloßem Papier verliefen vergleichsweise unbefriedigend. Für die Aktivitäten gegen Gesundheitswahn und Prohibition ist es allerdings nicht erforderlich zu rauchen, Alkohol zu trinken oder einen BMI von über 25 zu haben. Es ist eine Haltungsfrage.

ef: Gab es einen konkreten Anlass für Ihr Engagement?

Lövenich: Seit vielen Jahren bin ich Gegner von Lifestyle-Diskriminierung. Ich habe 2005 einen Artikel mit der Unterüberschrift „Freiheit ist auch die Freiheit des Andersgewichtigen, liebe Renate Künast“ mit verfasst und mein Satz „Eine Stigmatisierung von Menschen auf Grund ihrer Essgewohnheiten oder ihres Körpergewichts lehnen wir ab“ findet sich im Bundestagswahlprogramm der Grünen. Ab dieser Zeit habe ich mich auch vermehrt mit der zunehmenden Bekämpfung des Tabakgenusses beschäftigt.

ef: Wie muss man sich die Gründung eines solchen Netzwerks Rauchen konkret vorstellen?

Lövenich: Das heutige Netzwerk Rauchen gründet auf einer seit 2005 bestehenden Website und dem Raucherforum im Internet. Als sich im Sommer 2006 gesetzliche Rauchverbote drohend ankündigten, haben sich viele

Menschen unterschiedlichen Hintergrundes dort zusammengefunden, um dem Protest und Aufklärung entgegenzusetzen. Sehr schnell haben wir zu einer festen Organisationsform gefunden, Netzwerk Rauchen – Forces Germany e.V. besteht seit bald zwei Jahren.

ef: Gab es bei der Gründung Vorbild-Organisationen aus anderen Ländern?

Lövenich: FORCES – Fight Ordinances and Restrictions to Control and Eliminate Smoking – wurde bereits Mitte der 90er in den USA gegründet, später folgten gleichnamige Organisationen unter anderem in Italien und den Niederlanden. Forces International war schon vor der Vereinsgründung unser weltweiter Ansprechpartner.

ef: Bestehen Kontakte zur Tabakindustrie?

Lövenich: Das Netzwerk Rauchen ist wirtschaftlich unabhängig, also keine „Front Group“ für irgendeinen Wirtschaftszweig. Kontakte mit der Gastronomie, der Tabakwirtschaft, den Medien oder anderen Branchen gehören dazu, beeinflussen aber nicht unsere inhaltlichen Positionen. Wir haben wie Forces International die Annahme von Spenden der Tabak- und der Pharmaindustrie ausgeschlossen. Wenn die mit Konzernen verflochtene Gegenseite das auch so handhaben würde, hätten sich Rauchverbote und der Irrglaube an die Schädlichkeit des Umgebungsrauchs wohl nie so weit verbreitet. Mit dem größten industriellen Player bei den Zigaretten stehen wir sogar auf Kriegsfuß: Philip Morris. Die betreiben seit Jahren Lobbying für mehr Regulierung, weil sie sich davon einen Vorsprung vor kleineren und neuen Konkurrenten erhoffen. Das ist grundsätzlich, vom Thema Tabak ganz abgesehen, eine Gefahr für den freien Markt. Deshalb fordern wir zum Boykott von Philip-Morris-Produkten auf.

ef: Die These, dass große Tabakfirmen selbst Interesse an den Restriktionen haben, die haben wir bereits vor Jahren in unserer Zeitschrift vertreten und erläutert. Dazu passte auch später, dass wir keinen einzigen Sponsor aus der Tabakindustrie für eine monatliche Kolumne zum Thema Rauchen und Freiheit gefunden haben. Gibt es denn auch Gegenbeispiele kleinerer Tabakfirmen, die sich für Ihre Arbeit gegen politische Gängelung interessieren und diese womöglich gar unterstützen?

Selbstverständlich lehnen wir auch die Dämonisierung von Zucker, Salz und Fett ab, die ja für unsere Food Nannies die „Achse des Dicken“ bilden.

Lövenich: Erfreulich sind Initiativen wie die „Smoking Rebels“ oder von MUT – Mittelständische Unternehmen der Tabakwirtschaft –, wo sich kreatives Engagement von Unternehmern abseits klassischer Wirtschaftsverbände zeigt. In einem wirtschaftlich besonders betroffenen Branchensegment, dem Zigarettegroßhandel, gibt es ebenfalls viel Einsatz. So hat ein bayerisches Unternehmen aus diesem Bereich durch Aufkleberdruck unserem „Rauchen erlaubt“-Schild in abgewandelter Form zum Durchbruch verholfen; eine Variante ist Erkennungssymbol des VEBWK in Bayern geworden, der zahlreiche Gaststätten und Tausende von Gästen vereinigt. Wir sind mit vielen Akteuren vernetzt, tauschen uns aus und kooperieren projektbezogen, wo gemeinsame Interessen gegeben sind.

ef: Suchen Sie den Kontakt zu Politikern?

Lövenich: Unsere Arbeit richtet sich auch an Entscheidungsträger in der Politik. Wir haben im letzten Jahr offizielle Stellungnahmen zu den Entwürfen zahlreicher Rauchverbotsgesetze eingereicht, Protestmailaktionen durchgeführt, einmal 15.000 Unterschriften gesammelt und dem zuständigen Ausschuss übergeben. Im Rahmen unserer Möglichkeiten pflegen wir auch persönliche Kontakte, da aber haben es mächtige Interessen mit ihrem hauptamtlichen Lobbyismus einfacher.

ef: Die Politik greift in den letzten Jahren immer stärker in persönliche Freiheiten ein. Offensichtlich sind Süßigkeiten das nächste ausgemachte Ziel. Gibt es da auch in Ihren Augen Parallelen? Und würden Sie sich auch in einem Netzwerk Süßwaren engagieren?

Lövenich: Laut unserer Satzung sind wir „eine Vertretung derer, die von ihrem Leben die Freiheit erwarten zu rauchen, zu essen, zu trinken und allgemein Entscheidungen der persönlichen Lebensführung ohne Restriktionen und staatliche Beeinflussung treffen zu können.“ Das Thema Rauchen ist also unser Kerngeschäft, aber auch integraler Bestandteil einer breiteren Agenda. In eng verwandten Bereichen wie Essen und Trinken gilt dasselbe wie beim Tabak: Staatliche Stigmatisierung und Diskriminierung auf Grundlage von „Junk Science“. Selbstverständlich lehnen wir auch die Dämonisierung von Zucker, Salz und Fett ab, die ja für unsere Food Nannies die „Achse des Dicken“ bilden.

ef: Sie sind Mitglied der Grünen: Halten Sie in den Fragen, mit denen sich das Netzwerk Rauchen beschäftigt, Ihre eigene Partei womöglich für die freiheitsfeindlichste der etablierten Parteien?

Lövenich: Eine solche Folgerung drängt sich geradezu auf, insbesondere die Bundestagsfraktion sticht hier unan-

genehm hervor. Die Nanny-Staat-Positionen beim Essen/Trinken/Rauchen und Ähnlichem werden aber keineswegs durchweg in Mitglied- und Wählerschaft der Grünen geteilt. Ein Beschluss des höchsten Organs, der Bundesdelegiertenkonferenz, zum Thema Rauchverbote fiel etwa deutlich moderater aus, als medienwirksame Auslassungen von Bärbel Höhn und anderen vermuten lassen. Es gibt noch tolerante und staatskritische Grüne. Leider fehlt aber die Bereitschaft, diese Aspekte breit und kontrovers in der Partei zu diskutieren. Mehr Aufklärung und Information könnten dazu führen, dass nicht mehr unkritisch die Positionen der Tabakkontrolle nachgebetet würden.

ef: Eine Lobbyistin der Atomindustrie hat kürzlich massive Probleme in den Reihen der Grünen bekommen und hat inzwischen die Partei verlassen. Gab es gegen Sie persönlich auch schon ähnliche Vorwürfe innerhalb der eigenen Partei?

Lövenich: Ja, aber eher wenig und selten. Ein stärker paralleler Fall zu dem von Ihnen genannten dürfte die frühere grüne Bundestagsabgeordnete Marianne Tritz sein, seit ein paar Monaten Geschäftsführerin des Deutschen Zigarettenverbandes DZV, eines neuen Branchenverbands der Zigarettenindustrie ohne Philip Morris. Ich persönlich erhalte innerhalb der Grünen mehr positive als negative Rückmeldungen, was mein Engagement betrifft.

ef: Sie sprachen von einer „Gefahr für den freien Markt“. Sind Sie ein Verfechter freier Märkte?

Lövenich: Über die letzten Jahre bin ich persönlich immer mehr zum Regulierungsgegner und Anhänger libertären Gedankenguts geworden. Das Netzwerk Rauchen als Organisation ist überparteilich, und bei uns engagieren sich Menschen verschiedener politischer Farbe. Aber für den liberalkonservativen Unternehmer wie den eingeschworenen Sozialisten gilt gleichermaßen: Die Wahlfreiheit der Menschen bezüglich ihres Lebensstils steht nicht zur Disposition. Die unternehmerische Freiheit derjenigen, die die dadurch entstehende Nachfrage befriedigen, etwa in der Gastronomie oder in der Tabakwirtschaft, selbstverständlich auch nicht. Die in den Medien im Zusammenhang mit Rauchverbote derzeit viel zitierten Eckkneipen sind übrigens ein besonders anschauliches Beispiel dafür, wie staatliche Regulierung gerade den „kleinen Leuten“ schadet.

Internet

www.Netzwerk-Rauchen.de